

Eine Frage der Koordination

Interview mit Busso Grabow, Deutsches Institut für Urbanistik, über Ergebnisse und Perspektiven des Bundesprojekts MEDIA@Komm.

Herr Dr. Grabow, das Ziel von MEDIA@Komm war, das virtuelle Rathaus und den virtuellen Marktplatz modellhaft zu entwickeln und zu erforschen. Können Sie kurz beschreiben, wie sich diese jetzt für den Bürger darstellen?

Der Bürger in den MEDIA@Komm-Städten kann sich inzwischen online schneller und besser informieren; die Kommunikation mit Verwaltung und Politik, Marktteilnehmern – und speziell in Esslingen auch im sozialen und kulturellen Raum – findet verstärkt im Netz statt. In einer wachsenden Zahl von Fällen ist auch der Online-Geschäftsverkehr mit der Verwaltung möglich, rechtsverbind-

Allein die reine Aufzählung aller bisher in MEDIA@Komm realisierten wirtschaftsbezogenen Anwendungen würde den Platz hier bereits sprengen. Deshalb sei stellvertretend nur auf vier „Typen“ von Anwendungen verwiesen. Zur einfachen Massenanzahl wurden und werden etwa das in Bremen entwickelte Online-Mahnverfahren oder die Registerauskünfte in allen drei Städten entwickelt. Die verschiedenen Anwendungen, die das virtuelle Bauamt von Esslingen bietet, stehen als Beispiel für die Lösung hochkomplexer Online-Services unter Beteiligung verschiedenster Akteure. Die elektronische

Alle Städte sind mit dem dezidierten Anspruch der Übertragbarkeit angetreten, besonders natürlich der Städteverbund Nürnberg. Dass die Lösungen weitgehend übertragbar sind, zeigt der inzwischen sichtbare „Markterfolg“. Wichtiger ist aber noch der indirekte Nutzen durch Standardisierungen wie beispielsweise im Fall von OSCI und durch das Lernen anderer von den MEDIA@Komm-Erfahrungen samt der Irrwege und Sackgassen auf einem vorher noch weitgehend unbeackerten Feld.



Dr. Busso Grabow

„Ausgangsannahmen und Entwicklungspläne der Wettbewerbsbeiträge sind inzwischen teilweise völlig überholt.“

lich in bestimmten Fällen nur mit der elektronischen Signatur. Und die Bürger können sich an der Entwicklung des Gemeinwesens in neuer Qualität beteiligen.

Der Bürger ist jedoch nur ein Akteur beim e-Government – auch die Wirtschaft soll von der Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen profitieren. Welche aus dem Projekt hervorgegangenen Anwendungen sind hier besonders zu erwähnen?

Ausschreibung steht stellvertretend für einen Bereich mit hohen Einsparpotenzialen. Besonders erwähnenswert sind schließlich auch die neuen Plattformen für Kooperationsnetzwerke von Unternehmen in Nürnberg.

Im Zentrum des Projekts stand das Ziel, Best-Practice-Beispiele für alle deutschen Kommunen zu schaffen. Wie sieht es denn mit der Übertragbarkeit der erarbeiteten Lösungen aus?

A propos Irrwege und Sackgassen: Welche konkreten Probleme gab es?

Eine wesentliche Schwierigkeit war die Komplexität der Projekte, das heißt die Zusammenführung der rechtlichen, technischen, sicherheitstechnischen, verwaltungsbezogenen und ökonomischen Projektdimensionen. Zudem sind die MEDIA@Komm-Vorhaben Teil eines hochdynamischen Entwicklungsbereichs. Ausgangsannahmen und Entwicklungspläne, die in den Wettbewerbsbeiträgen enthalten waren, sind inzwischen

teilweise völlig überholt. Das gilt für die elektronische Signatur, für technische Entwicklungen etwa im Bereich Mobilfunk oder für die Marktsituation bei Hard- und Softwarelösungen.

Wo besteht aus wissenschaftlicher Sicht noch Nachholbedarf in Sachen e-Government bei den Kommunen?

„Dass die Lösungen weitgehend übertragbar sind, zeigt der inzwischen sichtbare Markterfolg.“

Allgemein gibt es oft noch Strategiedefizite. e-Government-Aktivitäten sind selten an übergreifenden und jeweils spezifischen Leitbildern der Kommunalpolitik orientiert. Die Qualifizierungsbedarfe sowohl bei Führungskräften wie auch bei Mitarbeitern der Verwaltung werden unterschätzt oder vernachlässigt. Die Kommunikation der Aktivitäten nach innen zur Akzeptanzschaffung wie auch nach außen, im Sinne von Marketing, ist zu wenig ausgeprägt.

Kurzprofil: Difu

Dr. Busso Grabow ist Wissenschaftler am Deutschen Institut für Urbanistik – kurz Difu – in Berlin und hat hier in leitender Funktion und im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums die Entwicklung und Umsetzung der MEDIA@Komm-Projekte in den Preisträgerstädten von Anfang an wissenschaftlich begleitet. In Sachen kommunales e-Government empfiehlt sich das Difu bereits aufgrund seiner besonderen Ent-

Ein zentrales Anliegen von MEDIA@Komm war, die qualifizierte elektronische Signatur zu fördern. Beim Bürger ist die e-Signatur aber noch nicht richtig angekommen. Ihr Kommentar?

Man darf nicht um den heißen Brei herumreden: Der Nutzen der elektronischen Signatur ist heute für den Bürger noch kaum ersichtlich –

ganz im Gegensatz zur Wirtschaft übrigens. Perspektivisch ist der einzige Weg, qualifizierte Signaturen auch für Bürger attraktiv zu machen, dass entweder heute gebräuchliche Karten, wie etwa die EC-Karte, mit Signaturen versehen werden oder von Staatsseite die elektronische Unterschrift in die Breite gebracht wird, Stichwort chipkartenbasierter Personalausweis. In beiden Fällen muss es darum gehen, dass funktionierende Geschäftsmodelle gemeinsam von (Kredit-)Wirtschaft,

stehungsgeschichte als Projektpartner: Die Gründung erfolgte 1973 auf Initiative der deutschen Städte, um Kommunalverwaltungen durch wissenschaftlich fundierte Forschung und Fortbildung die Lösung ihrer gegenwärtigen Aufgaben zu erleichtern und gleichzeitig Perspektiven für die künftige städtische Entwicklung aufzuzeigen.

- www.difu.de
- www.mediakomm.net

Trustcentern, Bund, Ländern und Kommunen entwickelt werden.

Was muss der Bund tun, um sicheres kommunales e-Government weiter voranzubringen?

Zunächst ist die Bündelung der e-Government-Zuständigkeiten beim Bund sowie eine forcierte institutionelle Koordinierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen notwendig. Der Einsatz qualifizierter Signaturen sollte konsequent und ressortübergreifend propagiert und „vorgelebt“ werden; zur Aktivierung des Signaturlösungsprozesses ist eine stärkere Vorleistung seitens des Bundes nötig. Förderbedarf besteht besonders in den Bereichen Transfer von guten Beispielen und Lösungen, Qualifizierung und beim Kooperationsmanagement, um öffentlich-öffentliche und öffentlich-private Gemeinschaftslösungen voranzubringen.

Wie geht es nach dem Projektende weiter?

Es schälen sich drei unterschiedliche Wege heraus, die auch beispielhaft sind: Die konsequente Weiterführung eines Dienstleistungsunternehmens in öffentlich-privater Partnerschaft, die Etablierung einer kommunalen Gemeinschaftseinrichtung als Dienstleister für die angeschlossenen Kommunen und der Betrieb eines umfassenden Portals durch eine Betreibergesellschaft. Unabhängig davon wird der Transfer der Erkenntnisse aus den Modellprojekten und der Begleitforschung national wie international mit Unterstützung des Bundeswirtschaftsministeriums intensiv weitergeführt.

Interview: Sabine Schutz